

## BUCHBESPRECHUNGEN

Rüdiger Voigt: *Krieg ohne Raum. Asymmetrische Konflikte in einer entgrenzten Welt.* (Samuel Salzborn).....489

Paul Krugman, Nach Bush. *Das Ende der Neokonservativen und die Stunde der Demokraten.* (Armin Pfabl-Traugbber).....490

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hg.): *Wahlrecht ohne Altersgrenze?: Verfassungsrechtliche, demokratietheoretische und entwicklungspsychologische Aspekte.* (Kurt Peter Merk).....492

Jun, Uwe / Kreikenbom, Henry / Neu, ViolaViola (Hg.): *Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft.* (Harald Bergsdorf).....493

Kornexl,Klaus: *Das Weltbild der Intellektuellen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland. Dargestellt am Beispiel der Wochenzeitschrift JUNGE FREIHEIT.* (Stefan Kubon).....495

Madden, Paul / Mühlberger, Detlef: *The Nazi Party. The Anatomy of a People's Party, 1919-1933.* (Hans-Christof Kraus).....497

Schaal, Gary S. / Heidenreich, Felix: *Einführung in die Politischen Theorien der Moderne.* (Renate Martinsen).....498

Eckhard Jesse: *Demokratie in Deutschland: Diagnosen und Analysen.* (Felix Dirsch).....501

Jenninger, Philipp / Peter, Rolf W. / Seubert, Harald: *Tamen! Gegen den Strom. Günter Rohrmoser zum 80. Geburtstag.* (Felix Dirsch).....503

Rüdiger VOIGT: *Krieg ohne Raum. Asymmetrische Konflikte in einer entgrenzten Welt.* Franz Steiner Verlag: Stuttgart 2008, Reihe Staatsdiskurse Bd. 2, 315 Seiten, 42 EUR.

Rüdiger Voigt analysiert in seiner Studie »Krieg ohne Raum. Asymmetrische Konflikte in einer entgrenzten Welt« unter Nutzung umfangreicher historischer und theoretischer Quellen den Zusammenhang von Krieg, Staat und Raum. Er entwickelt ein im 17. Jahrhundert beginnendes und bis in die Gegenwart reichendes Panorama zur Skizzierung der Entwicklungsformen kriegerischer Auseinandersetzungen. In dem Buch wird dabei in einem raumorientierten Blick auf moderne Kriege die Analyse der staatlichen Asymmetrien zwischen (atomaren) Großmächten und schwachen Kleinstaaten auf der einen mit der durch den transnationalen Terrorismus geschaffenen Asymmetrie zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren auf der anderen Seite verknüpft.

Voigts Analyse beginnt beim absolutistischen Staat, der Kriege aus Gründen der Staatsräson, aus Erbfolgekonflikten und wegen Grenzstreitigkeiten führte, hierbei mit Söldner- oder Berufsheeren operierte und militärtechnisch vor allem Feuerwaffen und Belagerungen einsetzte. Der Nationalstaat des 19. Jahrhunderts setzte auf ein schnell mobilisierbares Berufsheer um nationale Konfrontationen kriegerisch zu interagieren. Im frühen 20. Jahrhundert standen sich Reiche, Vielvölkerstaaten und vor allem politische Allianzen von Staaten in nationalen und weltanschaulichen Konfrontationen gegenüber, Panzer und Luftwaffe waren zum integralen Moment einer Kriegsführung mit massiver Feuerkraft und einem Massenheer geworden. Die ideologische Konfrontation setzte sich im später 20. Jahrhundert weiter fort, die Allianzen waren großen politischen Blöcken gewichen, in denen Berufsheere mit technisch-militärischer Elite und Nutzungsmöglichkeit von Raketen und Nuklearwaffen die logistische und militärtechnische Ba-

sis bildeten. Das 21. Jahrhundert begann mit zunächst einer Supermacht und punktuellen militärischen Koalitionen, im Mittelpunkt vor allem der lokalen Kriege stehen Rohstofffragen und die asymmetrische Auseinandersetzung zwischen souveränem Staat und terroristischen Gruppierungen, bei denen die militärtechnische Orientierung sehr unterschiedliche Level erreicht, prinzipiell aber das Niveau von weltraumgestützten Raketen systemen erreicht ist, wobei die Kriegführung staatlicherseits auf eine wissenschaftlich-militärische Elite und ein Berufsheer zurückgreift. Hinzutreten sind überdies private Militärunternehmen und Söldnertruppen, die gerade auch in Partisanen- und Guerillakriegen eingesetzt werden.

Voigt durchschreitet die Geschichte von mehr als drei Jahrhunderten staatlicher, vorstaatlicher und nicht-staatlicher Kriege mit einem ungeheueren Fundus an Detailwissen, vor allem aus (völker-)rechtlichen, staatsrechtlichen, geostrategischen und militärtechnologischen Quellen. Krieg kann vor diesem Hintergrund als ein umfangreich beschriebenes, aber bis heute nicht klar definiertes Phänomen gelten, denn während es bis zu 70 verschiedene Kriegsdefinitionen gibt, vermeiden selbst völkerrechtliche Instrumente eine positive Definition dessen, was unter Krieg zu verstehen ist. Voigt sieht es deshalb auch als sinnvoller an, den Begriff des Krieges zu differenzieren und zwischen Krieg im materiellen Sinn (Gewaltanwendung) und im formellen Sinn (Kriegserklärung) zu unterscheiden. Dabei zeigt sich, dass die Wandlung der Kriegführung von symmetrischen zu asymmetrischen Konflikten in der Gegenwart analytisch das Augenmerk auch immer mehr auf den Krieg im materiellen Sinn lenkt, da förmliche Kriegserklärungen von der Regel zur Ausnahme geworden sind. Ergänzt wird diese Entwicklung durch eine massive mediale Inszenierung von Kriegen und kriegerischen Auseinandersetzungen, so dass auch begriffsgeschichtlich ein Wandel festzustellen ist, der in immer häufigeren Euphemismen im Kontext mit kriegerischen Auseinandersetzungen mündet (zu denken ist hier etwa an die Begriffe »Militärintervention« oder »Kollateralschäden«). In der Medialisierung des modernen Krieges wiederum sieht Voigt

eine der wesentlichen Grundlagen für dessen Deterritorialisierung, da neben die Möglichkeit der Kriegführung auf erhebliche Distanz (Langstrecken- bzw. Interkontinentalwaffen und Satelliten gesteuerte Raketenabwehrsysteme) die vor allem über das Medium Internet ermöglichte Kommunikation in Echtzeit und die gleichzeitig beginnende virtuelle Kriegführung durch Hackerangriffe oder gezielte Desinformationsversuche getreten ist.

Aufgrund des damit, wie Voigt schreibt, hergestellten »permanenten Kriegszustandes« hat die Veränderung der Strukturen des Krieges und seine damit einhergehende Entstaatlichung mit Blick auf die Neuorganisation der Weltordnung auch die offene Frage nach dem weiteren Garant von Freiheitsrechten aufgeworfen, die nicht nur von islamisch-terroristischer Seite massiv bekämpft, sondern von den liberalen Demokratien selbst zur Maximierung von Sicherheit in Frage gestellt werden. Die bereits von Hobbes erkannte Ambivalenz des modernen Staates, Recht und Macht zu integrieren und damit Freiheit durch Souveränität zu sichern, wird durch die Asymmetrie des Krieges in Frage gestellt. Diese Entwicklung in einer faktenreichen und historisch fundierten Studie skizziert zu haben, ist das große Verdienst von Rüdiger Voigt, dessen Analyse zweifelsfrei zur unverzichtbaren Grundlage für weitere theoretische Reflexionen des Kontextes von Krieg, Staat und Raum und damit einer historisch-empirisch gebildeten und theoretisch reflektierenden Kriegsforschung werden wird.

Samuel Salzborn

Paul KRUGMAN, *Nach Bush. Das Ende der Neokonservativen und die Stunde der Demokraten. Aus dem Englischen von Friedrich Griesse, Frankfurt/M. 2008 (Campus-Verlag), 320 S. geb., 24,90 EUR.*

Wodurch kam es in den USA seit den 1970er Jahren zu einer immer größeren Ausweitung sozialer Ungleichheit? Waren hierfür primär ökonomische oder politische Faktoren von Bedeutung? Und welche Schritte sollten zur Minimierung der extremen Un-

gleichheit zukünftig unternommen werden? Diese Fragen erörtert Paul Krugman, der an der Princeton University lehrt und seit Jahren als Anwärter auf den Wirtschaftsnobelpreis gilt, in seinem jüngsten Buch. Es trägt in der deutschen Übersetzung den Titel »Nach Bush. Das Ende der Neonkonservativen und die Stunde der Demokraten«. Damit wird der inhaltliche Kern des Buchs aber ebenso wenig getroffen wie im Originaltitel »The Conscience of a Liberal« (»Das Gewissen eines Liberalen«). Es handelt sich weder um eine Kommentierung der aktuellen politischen Situation in den USA noch um die reine »Bekanntnisschrift« eines der bedeutendsten Keynesianer. Vielmehr präsentiert Krugman eine kommentierte Wirtschaftsgeschichte seines Landes seit Ende des 19. Jahrhunderts.

Ausgangspunkt seiner Erörterungen ist die Feststellung, dass es in den USA der 1950er und 1960er Jahre eine relativ egalitäre Mittelschichtengesellschaft und einen weitgehenden Konsens zwischen den dominierenden politischen Kräften gab. Dem war davor und danach nicht so. Die Gründe hierfür will Krugman in den 13 Kapiteln seines Buchs um der Lehren für die Gegenwart willen erörtern. Im historischen wie politischen Zentrum steht dabei die New Deal-Politik unter Roosevelt, welche die USA dem demokratischen Ideal nähergebracht und eine egalitäre Mittelschichtengesellschaft geschaffen habe. Ebenso wie dies Ausdruck einer politischen Entscheidung gewesen sei, sei auch die gegenläufige Entwicklung seit den 1970er Jahren eine politische Entscheidung gewesen. Für diesen Prozess macht Krugman eine Konservative Bewegung verantwortlich, welcher es um den Abbau des Wohlfahrtsstaates und um Steuersenkungen für Reiche gegangen sei. Deren Ablösung durch eine liberale und progressive Politik stünde aber durch politische und soziale Entwicklungen unmittelbar bevor.

Demgemäß behauptet der Autor nicht einen Einfluss der Wirtschaft auf die Politik, sondern der Politik auf die Wirtschaft. So erzählt er folgende Geschichte: »Radikale von der Rechten, die entschlossen waren, die Errungenschaften des New Deal wieder abzuschaffen, übernahmen im Laufe der siebziger Jahre die Republikanische Partei

und schufen eine Kluft zu den Demokraten, die zu den wahren Konservativen wurden, zu Verteidigern der bewährten Institutionen der Gleichheit. Die Machtübernahme der harten Rechten ermutigte die Wirtschaft, einen Großangriff auf die Gewerkschaftsbewegung zu starten, der die Verhandlungsmacht der Arbeiter entscheidend schwächte; sie befreite die Wirtschaftsführer von den politischen und sozialen Zwängen, die exorbitanten Vorstandsbezügen bisher Grenzen gesetzt hatten; sie senkte drastisch den Steuersatz auf hohe Einkommen; und sie förderte auf vielfältige sonstige Weise die wachsende Ungleichheit« (S. 13).

Krugman, der auch als Starkolumnist der »New York Times« gilt, kann komplexe Sachverhalte gut verständlich darstellen. Diese Fähigkeit zeichnet auch sein neuestes Buch aus, welches im lockeren Plauderton salopp ein gutes Jahrhundert Ökonomie- und Politikgeschichte der USA Revue passieren lässt. Gleichwohl vermisst man hier und da doch Differenzierung und Genauigkeit, biegt der Autor sich doch manchmal den Stoff etwas in seine Deutungsrichtung. So wirkt denn auch sein Verweis auf den entscheidenden Einfluss der Konservativen Bewegung ein wenig wie eine Konspirationsvorstellung. Dies streitet Krugman noch nicht einmal ab, heißt es doch schlicht: »Das Wesen des Einflusses der Konservativen Bewegung auf die Republikanische Partei lässt sich sehr einfach zusammenfassen: Ja, Virginia, es gibt eine riesige rechte Verschwörung« (S. 180). So bedeutsam der Einfluss bestimmter neo-konservativer Think Tanks auf die US-amerikanische Politik sein mag, so eindimensional und monokausal wirkt aber eine solche Überbewertung.

Man wird dem Buch allerdings nicht gerecht, wenn man die Einschätzung nur auf diesen Gesichtspunkt bezieht. Das inhaltlich wie methodisch Erkenntnisfördernde besteht in der Erörterung des Wechselverhältnisses von ökonomischen, politischen und sozialen Einflüssen auf die Entwicklung der USA. So fragt Krugman etwa danach, warum gerade weiße Arbeiter entgegen ihrer wirtschaftlichen Interessenlage für die republikanische Partei votieren: »Die wichtigste anhaltende Quelle dieser Stärke in Wahlen war die Rassenfrage – man konnte einen Teil

der weißen Wähler dadurch für sich gewinnen, dass man ihrer Angst vor den Schwarzen zumindest verdeckt Nahrung lieferte« (S. 227). Auch diese Einschätzung klingt überspitzt, hat aber durchaus etwas für sich. Dabei geht es jedoch weniger um das ethnische und mehr um das soziale Ressentiment. Auch hier hätte Krugman mehr differenzieren können. Gleichwohl verdient sein Buch in mehrfacher Hinsicht Beachtung.

Armin Pfabl-Traugbber

*Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hg.): Wahlrecht ohne Altersgrenze?: Verfassungsrechtliche, demokratietheoretische und entwicklungspsychologische Aspekte, München, Oekom Verlag 2008, Broschiert, 379 Seiten, 39,90 EUR.*

Der Sammelband ist eine bunte Mischung von Beiträgen, die aus Anlass einer Preisauslobung der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen entstanden sind. Diese erfreuliche Initiative der Stiftung hat auch Autoren, die der Fragestellung vorher eher fern standen, angeregt sich mit der Thematik des Wahlrechts für Kinder zu beschäftigen. Das hat der Sache gut getan, wie beispielhaft der Text von *David Krebs* zeigt. Er hat sich dem Problem aus einer ablehnenden Position genähert und möglicherweise gerade deshalb eine überzeugende Analyse geliefert. Er hat, wie auch *Hermann Heußner* in seinem Beitrag, die bisherige Diskussion verarbeitet und die wesentlichen Argumente auch für Nichtjuristen verständlich dargestellt. Dies ist besonders wichtig, denn gerade die abweisende Haltung einzelner Vertreter der Rechtswissenschaft steht einer Umsetzung entgegen. Die Öffentlichkeit neigt dazu, Behauptungen unkritisch für wahr zu halten, nur weil sie juristisch begründet werden. Diese aus dem Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der Juristen gespeiste naive Gutgläubigkeit machen sich die an der Verteidigung des status quo der Seniorenprivilegien interessierten politischen Kreisen gerne zur Abwehr des Kinderwahlrechts zu nutze, indem sie undifferenziert und argumentativ oberflächlich auf juristische Bedenken verweisen und allgemein die Verfassungswidrigkeit be-

haupten. Originell ist der Beitrag von *Mike Weimann*. Er kennt die Schwierigkeiten, das Thema einer breiteren Öffentlichkeit näher zu bringen und bedient sich daher des Zugangs mittels eines Gedankenexperiments. *Wolfgang Grüninger* referiert in seinem Beitrag den Stand der Diskussion. *Klaus Haupt*, einer der engagierten Mitglieder des Bundestags bei der »Initiative der 58«, stellt das Problem allgemeinverständlich dar, ohne sich mit den juristischen Einwänden lange aufzuhalten. Sinnvoll abgerundet wird der Band durch die Informationen zur historischen Entwicklung des Wahlrechts von *Frank Schmilowski* und die entwicklungssoziologischen und entwicklungspsychologischen Beiträge von *Marius Haring*, *Christian Palentien* und *Carsten Rohlf*s einerseits und *Jörg Tremmel* und *Rolf Oerter* andererseits. Der empirische Beitrag von *Ursula Hoffmann-Lange* und *Johann de Rijke* erhebt Anspruch zur Versachlichung »der vielfältig nur mit normativen Argumenten und teilweise sehr emotional geführten Debatte beitragen« zu wollen. Eine normative Auseinandersetzung ist der Thematik aber adäquat und eine besondere Emotionalität ist, jedenfalls bei den relevanten Diskursteilnehmern, nicht ersichtlich. Polemisch wirkt dagegen die Aufforderung im Fazit dieses Beitrags, wonach die »Protagonisten des Familienwahlrechts« »besser beraten« wären, sich »aktiv für familienpolitische Belange einzusetzen statt sich in solchen Sandkastenspielen zu ergehen«. Den Autoren sei hierzu die Lektüre der »normativen« Beiträge im gleichen Buch empfohlen. Dass Empirie auch förderlich sein kann, zeigt der Beitrag von *Wolfgang Gaiser*, *Martina Gille* und *Johann de Rijke*, der eine Bereicherung der Diskussion darstellt, der differenziert und sachlich analytisch die Entwicklung des politischen Bewusstseins junger Menschen beginnend mit dem 12. Lebensjahr aufzeigt. Er ergänzt damit, ebenso wie die Arbeit von *Frank Tillmann*, den Beitrag von *Rolf Oerter*. *Hans-Martin Schmidt* erweitert die Diskussion durch die Reflexion der binnenfamiliären Konsequenzen und Chancen, der Text von *Volker Amrhein* und *Timo Jakobs* um die generative Perspektive. Hervorzuheben ist schließlich noch die Analyse von *Tim Krieger*, der den politischen Nutzen der

Aufhebung der Altersgrenze für das aktive Wahlrecht einer kritischen Betrachtung unterzieht indem er die generativ und auch wirtschaftlich bedeutsame Fragestellung der Rentenhöhe aus der Perspektive der Public-Choice-Theorie betrachtet und zu dem Ergebnis kommt, dass die Folgen nicht signifikant wären, weil das Alter des - politisch entscheidenden - Medianwählers nur um wenige Jahre sinken würde. Dieser Beitrag wird wohl noch Diskussionen auslösen. Das Buch wird abgerundet durch das Positionspapier der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen.

Der Band bereichert den Diskurs indem er ihn perspektivisch erweitert. Es ist dem allgemeinverständlich geschriebenen Werk eine weite Verbreitung zu wünschen, damit auch eine breitere Öffentlichkeit das Thema und seine grundlegende Bedeutung erkennt. Bei einer zweiten Auflage, die hoffentlich bald erforderlich wird, erscheint eine Überprüfung des Personenregisters empfehlenswert.

*Kurt-Peter Merk*

*Uwe JUN, Henry KREIKENBOM, Viola NEU (Hrsg.): Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft. Campus Verlag, Frankfurt am Main 2006, 320 Seiten, 34,90 EUR.*

In der bundesdeutschen Parteienlandschaft rumort es. Ihre Gestalt ändert sich seit einigen Jahren immer wieder tiefgreifend. Daran sind gerade auch kleinere Parteien beteiligt. Während im Landtag des Saarlands zwischen 1999 und 2004 nur zwei Fraktionen operierten, agieren in der sächsischen Volksvertretung derzeit sechs Fraktionen (SPD dort: 9,6 %); 1997 scheiterten bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg fast 20 % der abgegebenen Stimmen an der 5 %-Hürde; 2001 errang dort die Schillpartei aus dem Stand als Neugründung fast 20 % – und ist inzwischen wieder verschwunden. Beide Volksparteien mussten bei manchen Landtagswahlen in jüngerer Vergangenheit rekordverdächtige Stimmenverluste hinnehmen, so die CDU 2004 in Sachsen mit einem Minus von fast 16 Prozentpunkten.

In Hamburg hingegen wuchs die CDU von 2001 auf 2004 bei der Bürgerschaftswahl um 21 Prozentpunkte. Bei der Bundestagswahl 2005 errangen die großen Kleinparteien FDP, PDS und Grüne zusammen einen Zweitstimmenanteil von gut 26 % – ein starker Anstieg im Vergleich zu vorherigen Bundestagswahlen seit 1990 (stets zwischen 18 % und 20 %). Die starke Präsenz der PDS im Bundestag verhinderte eine Mehrheitsbildung nach altem Muster – mit kleinen Partnern kann eine Volkspartei ja üblicherweise mehr von ihrem eigenen Programm und Personal durchsetzen als mit einem großen Pendant. Die PDS agierte insofern – zumindest indirekt – in einer Schlüsselposition, als Zünglein an der Waage. Allerdings: Nach wie vor lebt keine der kleineren Kräfte auf Bundesebene wirklich sicher vor dem Fünf-Prozent-Schafott. Darin liegt ja ein Kennzeichen kleinerer Parteien.

Wie sich die Zeiten ändern: Lange Zeit schien die Zweieinhalb-Parteienlandschaft (CDU/CSU, SPD, FDP) der Bundesrepublik beinahe eingefroren und zementiert. Abgesehen vom Sonderfall „Große Koalition“ praktizierten die Parteien in der Bundesrepublik auf Bundesebene über Jahrzehnte im Wechsel zwei stabile Koalitionsmodelle: Die schwarz-gelbe oder sozial-liberale Konstellation. Die kleine FDP, die liberale (Dauerregierungs-) Partei, agierte faktisch als die Kanzler-Macherin, die rechnerisch (und programmatisch) mit beiden Volksparteien koalieren konnte und deshalb realiter bestimmte, wer (nicht) ins Kanzleramt einzog – zwischen 1961 und 1983 waren rechnerisch stets beide Bündnisse möglich: Sowohl eine CDU/CSU-FDP-Koalition als auch eine SPD-FDP-Koalition. Die flexible FDP fungierte als Zünglein an der Waage und ebnete mehrfach sogar der kleineren Volkspartei den Weg in die Bonner Regierungszentrale, zum Beispiel nach den Bundestagswahlen 1969, 1976 und 1980 – drei Höhepunkte der Machtentfaltung einer Kleinpartei in der Bundesrepublik. Damit unterstrich die FDP, wie einflussreich kleinere Parteien in der Bundesrepublik sein können – nach der Bundestagswahl 2005 beklagte der FDP-Chef gar politisches Stalking durch die ihn umwerbende SPD, um daraufhin zum dritten Mal hinter einander in die Opposition zu gehen.

Beide Partnerwechsel der FDP (1969 und 1982) verwirrten und beunruhigten viele FDP-Anhänger – vor allem jene, die auf den jeweils verlassenen Partner festgelegt waren. Gerade auch deshalb wagte die FDP den Wechsel bislang nur zweimal. Erst später, 1983, begann mit den Grünen eine weitere Kleinpartei, sich bundesweit als vierte Kraft in der Parteienlandschaft zu verwurzeln; sie raubte der FDP ihre Monopolstellung als einziger Partner für eine kleine Koalition. Ab 1998 zeigten die Grünen in der rot-grünen Koalition mit Schröder, wie durchsetzungsstark eine kleinere Partei in einer kleinen Koalition sein kann: Sie initiierten und verwirklichten mit Hilfe der SPD politische Projekte, mit denen die meisten SPD-Stammwähler weniger anfangen können als Anhänger der Grünen (Homoeha, Atomausstieg, Zuwanderungsgesetz, verändertes Staatsangehörigkeitsrecht, Dosenpfand).

Hinzu kommt nun »die Linke«. Ihr ist gelungen, was seit 1949 viele Parteien versucht, aber bislang nur die Grünen geschafft hatten: Mehr als nur ein politisches Strohfeder zu entzünden und einem dauerhaften Splitterpartei-Schicksal zu entkommen. Nach den Grünen scheint sich mit der Neo-SED auf Bundesebene vorerst eine weitere Kleinpartei neben der SPD zu etablieren. Gerade die jüngste Diversifizierung der Parteienlandschaft mit inzwischen drei großen Kleinparteien erschwert die Mehrheits- und Regierungsbildung – bereits 1994 und 1998 halfen Überhangmandate, knapp eine kleine Koalition mit einer größeren Kleinpartei zu bilden. Knappe Mehrheiten wiederum können – direkt oder indirekt – den politischen Einfluss zumindest einzelner oder mehrerer Kleinparteien erhöhen.

Obwohl bzw. gerade weil die Politikwissenschaft Klein- und vor allem Splitterparteien weitgehend ignoriert, gibt es immer mehr gute Gründe, sich näher mit ihnen zu befassen. Dem widmet sich der Band, den Viola Neu und andere mit Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegeben haben. Er analysiert die wichtigsten Kleinparteien FDP, »Linke« und Grüne, aber auch die NPD (Landtagswahlergebnis in Hessen, Januar 2008: 0,9 % – REP: 1,0 %) und ÖDP. Daneben kümmert sich der Band um verschiedene Typen von Kleinpar-

teien sowie politische, rechtliche und andere Bedingungen, unter denen kleinere Parteien in der Bundesrepublik operieren. So verfügen neben FDP, »Linken« und Grünen kleinere Kleinparteien über einen politischen Einfluss, der mitunter (deutlich) größer ist als Null. Zum Beispiel können sie bei Wahlen vor allem jener Volkspartei, der sie näher stehen als ihrem Pendant, wertvolle Stimmen und damit einen knappen Vorsprung rauben, ohne in Parlamente einzuziehen, weil sie an der 5 %-Hürde scheiterten.

Jan Köhler betont in seinem Beitrag die Funktion der kleineren Parteien als Seismographen und Antreiber der Volksparteien im Parteienwettbewerb. Parteienwettbewerb lebe gerade auch von überwindbaren Hürden für neue Akteure, die neuere oder ältere/vernachlässigte Themen in den Vordergrund der politischen Diskussion rücken. Unerwähnt bleiben bei ihm neben Nachteilen von kleineren Parteien im Parteienwettbewerb einzelne Vorteile, die ihnen entgegenkommen, zum Beispiel bei der staatlichen Parteienmitfinanzierung: So erhalten Parteien jährlich für die bei Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen erzielten gültigen (Zweit-Stimmen) bis zu einer Gesamtzahl von 4 Millionen (Zweit-) Stimmen (ab einem Stimmenanteil von 0,5 bzw. 1,0 %) 0,85 Euro je Stimme und für alle weiteren Stimmen 0,70 Euro. Zweifelhaft scheint, ob sich, wie Köhler offenbar annimmt, alle extremistischen (Gewalt-) Potentiale durch Parteigründungen domestizieren und zivilisieren lassen.

Am Beispiel der »Linken« verdeutlicht Viola Neu, wie eine extremistische Partei indirekt oder direkt über die Regierungsbildung mitentscheidet – so bei der Bundestagswahl 2005. In ihrem herausragenden Beitrag präzisiert Neu, wem die kleineren Parteien bei der Bundestagswahl 2005 im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 Stimmen genommen und wem sie Stimmen gegeben haben. Florian Hartleb seziert die populistische Agitationsweise der Linkspartei, die ihre fast serienmäßigen Wahlerfolge fördert. Melanie Haas vergleicht die politischen Einstellungen der Grünen-Wähler mit Einstellungen anderer (bürgerlicher) Wählerpotentiale. Auch wenn die Unionsparteien vorerst die Grünen mitunter als Koalitionspartner brauchen:

Neben Ähnlichkeiten kennzeichnen erhebliche Unterschiede die Einstellungen ihrer Wählerpotentiale – teilweise größere Unterschiede als zwischen Unionsparteien und SPD oder FDP. Allerdings haben sowohl CDU/CSU als auch die Grünen zuletzt politische Aufbrüche gewagt, einige ihrer »heiligen Kühe« geschlachtet und sich damit einander inhaltlich genähert. Die NPD erlebte, wie Lazaros Miliopoulos herausarbeitet, schon schlechtere, aber auch bessere Zeiten. Allerdings käme derzeit ein Requiem für die Rechtsextremisten verfrüht.

Insgesamt dürfte das Thema »Kleinparteien« bis auf weiteres hochaktuell bleiben. Jüngst gelangten selbst in Bayern fünf Fraktionen bzw. Gruppierungen in den Landtag – darunter die Freien Wähler, die erstmals überhaupt in einen Landtag einzogen (10,2%). Sie umfassen gesamtdeutsch nach eigenen Angaben mehr Mitglieder als FDP, Grüne und »Linke« zusammen, nämlich 280 000. In Baden-Württemberg stellen die Freien Wähler 44% der Gemeinderäte. Weil sich die Freien Wähler zum bürgerlichen Lager zählen, konkurrieren sie hauptsächlich mit den Unionsparteien um Wählerstimmen. Nun diskutiert die Gruppierung über eine Kandidatur bei der kommenden Bundestagswahl. Befürworter argumentieren, viele kommunale Angelegenheiten würden ohnehin in den Landeshauptstädten, der Bundeshauptstadt und/oder Brüssel (vor-) entscheiden; eine Kandidatur bei einer Bundestagswahl öffne auch große Chancen, an der staatlichen Parteienmitfinanzierung zu partizipieren. Andererseits mutierte die Gruppierung damit mehr oder minder zu einer normalen Partei und verlöre damit möglicherweise erheblich an Attraktivität bei einem Teil ihrer Klientel.

Harald Bergsdorf

*Klaus KORNEXL: Das Weltbild der Intellektuellen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland. Dargestellt am Beispiel der Wochenzeitschrift JUNGE FREIHEIT. Herbert Utz Verlag, München 2008, 606 Seiten, brosch., 82 EUR.*

Seit einigen Jahren gewinnt die politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit der

bundesdeutschen Zeitung *Junge Freiheit* an Intensität. Diese erfreuliche Entwicklung hat nun in Gestalt der vorliegenden Studie von Klaus Kornexl einen neuen Höhepunkt erreicht. Tatsächlich ist das aus einer Dissertation hervorgegangene Buch die bislang umfangreichste Untersuchung zur *Jungen Freiheit*.

Während sich Kornexl bei der Darstellung des Weltbildes des Publikationsorgans an die thematische Struktur klassischer Politikfeldanalysen anlehnt, bemüht er sich bei der begrifflich-theoretischen Konzeption seiner Studie um einen innovativen Forschungsansatz. So plädiert der Verfasser im ersten Kapitel dafür, die Zeitung im Gegensatz zur vorherrschenden Forschungspraxis nicht mit dem Begriff »Neue Rechte« zu etikettieren, da die Voraussetzungen für die Verwendung dieses Begriffs in diesem Zusammenhang seit Mitte der 90er Jahre nicht mehr gegeben seien. Der Autor geht davon aus, dass unter anderem folgende drei Bedingungen erfüllt sein müssen, um ein Phänomen mit dem genannten Begriff beschreiben zu können: Erstens sollte eine substantielle Modernisierung des altbekannten ideologischen Repertoires der politischen Rechten feststellbar sein. Zweitens muss eine nachhaltige religiös-heidnische Ausrichtung vorliegen. Drittens bedarf es eines markanten Rückgriffs auf die Ideen der »Konservativen Revolution« der Weimarer Republik.

Kornexls Behauptung, dass diese ideologischen Merkmale bei der *Jungen Freiheit* seit Mitte der 90er Jahre nicht mehr diagnostizierbar seien, kann unter Berücksichtigung des von ihm dargestellten Weltbildes und des übrigen Forschungsstandes nicht generell zugestimmt werden. Sicherlich sind ganz allgemein die Modernisierungsleistungen des Blattes bezüglich rechter politischer Inhalte relativ unerheblich. Zudem ist in der Ideologiegeschichte des Druckerzeugnisses in der Tat eine zunehmende Verflüchtigung der religiös-heidnischen Vorstellungen wahrnehmbar. Jedoch muss der Ansicht Kornexls, nach der das Medium in der Vergangenheit eine eher geringfügige weltanschauliche Anlehnung an die »Konservative Revolution« betrieben habe, widersprochen werden. Der übrige Forschungsstand nimmt nämlich mei-

nes Erachtens zu Recht an, dass die »Konservative Revolution« nach wie vor eine beträchtliche ideologische Vorbildfunktion auf das Blatt ausübt. Darüber hinaus belegt das im zweiten Kapitel präsentierte Weltbild nicht gerade überzeugend die These von einer unerheblichen weltanschaulichen Analogie zwischen *Junger Freiheit* und »Konservativer Revolution«. Vielmehr gewinnt man bei der Auseinandersetzung mit der nachgezeichneten Ideologie den Eindruck, dass die besagte Analogie eine große Relevanz besitzt.

Obgleich die Argumentation für die Abschaffung des Begriffs »Neue Rechte« nicht immer plausibel erscheint, eröffnet die als Alternativbegriff vorgeschlagene Bezeichnung »Intellektuelle Rechte« zweifelsfrei lohnende Perspektiven, um die *Junge Freiheit* angemessener definieren zu können. Laut Kornexl zeigt sich dies auch daran, dass sich in der Forschung bislang im Fall des Terminus »Neue Rechte« kein Konsens darüber erzielen ließ, ob dieser Fachausdruck neben antidemokratischen auch demokratische Denkweisen beschreibt. Hingegen soll es angeblich bei der Formel »Intellektuelle Rechte« leichter vermittelbar sein, dass dieser Begriff die beiden zuletzt genannten ideologischen Formen subsumiert. Für mein Dafürhalten drängt sich hier allerdings die Befürchtung auf, dass es nur eine Frage der Zeit sein dürfte, bis auch der Begriff »Intellektuelle Rechte« seine vermeintliche Eindeutigkeit hinsichtlich seiner demokratiethoretischen Ausrichtung verloren haben wird. Schließlich lassen sich grundsätzliche inhaltliche Problemlagen in der Regel nicht allein durch die Konstruktion eines neuen Begriffes lösen.

Zu Recht weist der Autor aber ebenfalls darauf hin, dass die Bezeichnung »Intellektuelle Rechte« eine ernst zu nehmende Alternative zum altgedienten Terminus »Neue Rechte« darstellt, weil die Forschung stets übereinstimmend auf den intellektuellen Charakter der *Jungen Freiheit* und anderer neuerer Phänomene hingewiesen hat. Zusammenfassend lässt sich vermerken, dass die Anregungen Kornexls zur begrifflichen Neustrukturierung des Forschungsfeldes trotz der beschriebenen Schwachpunkte überwiegend positiv zu bewerten sind. Gleichwohl ist es vor allem die überaus um-

fangreiche Darstellung der Weltanschauung der *Jungen Freiheit*, die den besonderen Wert der Studie ausmacht. Da sich das Buch auf eine äußerst reiche Quellenbasis stützt, wird das rechte Weltbild der Zeitschrift nämlich sehr repräsentativ abgelichtet. Diesen hohen Repräsentativitätswert kann bislang keine andere Forschungsarbeit zur *Jungen Freiheit* vorweisen. Insofern müsste die Studie verdientermaßen zu einem Standardwerk für alle werden, die sich ausführlich über die allgemeine ideologische Ausrichtung des Blattes informieren möchten. Wenngleich darauf hinzuweisen ist, dass der besagte hohe Repräsentativitätswert nur für die Zeitspanne von der Gründung der Zeitung im Jahr 1986 bis zum Jahr 1999 Gültigkeit besitzt, weil die Untersuchung ausschließlich Texte dieses Zeitraums berücksichtigt.

Bei der Präsentation des Weltbildes der *Jungen Freiheit* wird offensichtlich, dass das Blatt zahlreiche Varianten rechten Denkens unter seinem Dach vereinigt. So identifiziert Kornexl in den Verlautbarungen des Mediums unter anderem nationalkonservative, rechtskonservative, rechtspopulistische, rechtsradikale und rechtsextreme Denkfiguren. Im Einzelnen verdeutlicht der Verfasser beispielsweise sehr eindrucksvoll, dass das Publikationsorgan vor allem dann seine antidemokratischen bzw. rechtsextremistischen Seiten offenbart, wenn es sich mit den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländern beschäftigt. In der Tat legt das Blatt insbesondere in diesem Kontext eine die Menschenwürde verletzende Gesinnung an den Tag, da die besagten Menschen fast ausschließlich in negativen Zusammenhängen dargestellt werden. Wobei dieser Sachverhalt unverkennbar der Tatsache geschuldet ist, dass sich die Zeitung in erster Linie der Idee einer in ethnischer Hinsicht homogenen deutschen Nation verpflichtet fühlt.

Des Weiteren gefällt sich die *Junge Freiheit* augenscheinlich darin, die negativen Seiten der deutschen Geschichte schönzureden. Am deutlichsten wird dies, wenn sich die Zeitung bemüht, die militärischen Leistungen der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg zu verherrlichen. Sehr bemerkenswerte ideologische Positionen fördert Kornexl auch zutage, indem er sich bei seiner Politikfeldanalyse dem Bereich der Au-



ßenpolitik zuwendet. Zum Beispiel beklagt der Chefredakteur der *Jungen Freiheit* den Umstand, dass die Bundesrepublik Deutschland keine Atommacht ist, weil dadurch für die deutsche Nation die Möglichkeit schwinde, im internationalen Kontext dominanter in Erscheinung zu treten.

Beachtung verdienen ferner die Ausführungen darüber, wie das Blatt auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1995 reagiert hat. Damals legte das Gericht fest, dass es aufgrund des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung erlaubt sei, zu behaupten, dass Soldaten Mörder sind. Dass etliche Autoren der *Jungen Freiheit* wenig Verständnis für diese Entscheidung zeigen, veranschaulicht, wie wenig glaubwürdig es ist, wenn sich die Zeitung immer wieder als Kämpferin für das Grundrecht auf Presse- und Meinungsfreiheit inszeniert. Tatsächlich scheint das Blatt ein eher opportunistisches Verhältnis zu diesem Grundrecht zu haben.

Nach der ausführlichen Darstellung des Weltbildes der *Jungen Freiheit* beendet Kornexl seine vor allem der Grundlagenforschung verbundene Arbeit, indem er in seinem dritten Kapitel unter anderem Perspektiven entwickelt, wie man die bundesdeutsche Gesellschaft noch wirksamer vor den rechts-extremistischen Tendenzen des Mediums schützen könnte. Dass er dabei insbesondere auf den demokratischen Konservatismus und dessen Konzept eines aufgeklärten Patriotismus baut, dürfte sinnvoll sein. Schließlich werden die rechtsextremen Kräfte der *Jungen Freiheit* zweifelsohne auch weiterhin vorrangig daran interessiert sein, zunächst dem konservativ-demokratischen Milieu seinen verfassungstreuen Charakter zu nehmen.

Zum Abschluss bleibt kritisch zu vermerken, dass im dritten Kapitel ein ständig wiederkehrender Schwachpunkt des Buches besonders deutlich wird: Die Kapitel und Unterkapitel der Untersuchung sind gelegentlich zu grob gegliedert. So beinhaltet das Werk ungeteilte Textabschnitte, die eine Länge von über 20 Seiten aufweisen. Dieser Sachverhalt kann freilich nichts daran ändern, dass Klaus Kornexl im Wesentlichen eine überaus verdienstvolle Studie vorgelegt hat.

Stefan Kubon

Paul MADDEN, Detlef MÜHLBERGER: *The Nazi Party. The Anatomy of a People's Party, 1919-1933*. Peter Lang Verlag, Bern 2007, 329 S., geb. 77,30 EUR.

Seit langem ist der Forschung bekannt, dass die NSDAP entgegen ihrer bekannten Selbstbezeichnung eben keine »Arbeiterpartei« gewesen ist. Auch die zeitweilig vertretene These, es habe sich in erster Linie um eine Interessenpartei des »Mittelstandes«, genauer gesagt: des infolge Krieg, Inflation und Wirtschaftskrise ökonomisch und politisch deklassierten deutschen Kleinbürgertums gehandelt, ist mittlerweile vom Tisch. Erst seit etwa Mitte der 1970er Jahre hat die zeitgeschichtliche Forschung ernsthafte, quellengestützte Untersuchungen über Mitgliederentwicklung, Anhänger- und Wählerschaft der NSDAP angestellt, und in der Folge dieser Bemühungen hat sich das Bild entschieden gewandelt. Es hat sich nämlich gezeigt, dass diese Partei über eine in sozialer Hinsicht außerordentlich breit zusammengesetzte Anhängerschaft verfügte, die vom Arbeiter über den Kleinbürger und Angestellten bis hin zum Jungakademiker und zum wohlhabenden Kaufmann und Großbauern reichte; auch innerhalb des Adels verfügte die Partei (wie erst seit wenigen Jahren genauer nachgewiesen worden ist) über eine keineswegs unbeträchtliche Anhängerschaft.

Die beiden Autoren des hier anzuzeigenden Bandes, die Zeitgeschichte in den USA (Madden) und Großbritannien (Mühlberger) lehren, haben seit mehr als zwei Jahrzehnten einschlägige Studien zum Thema vorgelegt und können als die derzeit wohl besten Kenner der Thematik gelten. Insgesamt kommen sie zu dem in jedem Fall überzeugend formulierten und quellenmäßig gut fundierten Urteil, dass die NSDAP, durchaus schon zeitgenössischen Vermutungen entsprechend, im Grunde nichts weniger als eine standes- und klassenüberschreitende »Volkspartei« gewesen ist und dass eben hierin einer der wichtigsten Gründe für ihren politischen Erfolg zu suchen ist: »The empirically based statistical data presented in this book all point overwhelmingly in one direction: that the Nazi Party effectively transcended the class divide of German society« (20). Dieser prinzipielle

Befund deckt sich übrigens mit bereits älteren (seinerzeit allerdings nicht immer empirisch belegbaren) Thesen, die das NS-Regime als eine Modernisierungsdiktatur mit sozialegalitärer Tendenz charakterisiert haben; erinnert sei nur an Ralf Dahrendorfs klassische Darstellung *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland* aus dem Jahr 1965.

Der Band enthält allerdings keine konzise Gesamtdarstellung, also keine Parteigeschichte im eigentlichen Sinne, sondern insgesamt acht bereits früher in Zeitschriften und Sammelbänden, z. T. an etwas abgelegenen Ort publizierte Einzelstudien beider Autoren, die allerdings, wie die Fußnoten belegen, auf den neuesten Stand der Forschung gebracht worden sind. Madden hat drei Beiträge beige-steuert: neben einer ein-führenden Übersicht zum Thema sind dies eine Studie zu den frühen Anhängern der Partei, vornehmlich in München und Bayern zwischen 1919 und 1923 sowie eine weitere Studie zur Herkunft und Berufsgruppenzugehörigkeit der Mitglieder zwischen 1925 und 1933. Mühlberger widmet sich im ersten seiner vier Beiträge der besonders interessanten Frage nach dem Arbeiteranteil unter den Anhängern der Partei Hitlers und kommt zu dem Resultat, dass dieser Teil der NSDAP-Anhängerschaft wohl deutlich größer gewesen ist als früher behauptet. Auch seine drei Regionalstudien (sie können hier nur erwähnt, aber nicht im Detail referiert werden) über die NSDAP im Osten (in der preußischen Restprovinz Posen-Westpreußen), in einer kleinen Universitätsstadt (Göttingen) und in einer durchschnittlichen deutschen Großstadt (Frankfurt am Main) beruhen auf sorgfältiger Quellenauswertung und geben neue Aufschlüsse, ebenso wie die von beiden Autoren zusammen erarbeitete Studie über die NSDAP im hessischen Landkreis Friedberg. Ein nützliches Literaturverzeichnis sowie ein vorzügliches Namens- und Sachregister schließen den Band ab, der zwar eine – immer noch nicht vorliegende – moderne Parteigeschichte der NSDAP nicht ersetzen kann, jedoch unverzichtbare Beiträge zum näheren Verständnis des Aufstiegs dieser Partei in der krisengeschüttelten ersten deutschen Republik zu bieten vermag.

Hans-Christof Kraus

Gary S. SCHAAL, Felix HEIDENREICH: *Einführung in die Politischen Theorien der Moderne*, Verlag Barbara Budrich, UTB, Stuttgart 2006, 283 Seiten, 14,90 EUR.

Nachdem Gary S. Schaal im Jahr 2002 in Zusammenarbeit mit André Brodocz das zweibändige Werk *Politische Theorien der Gegenwart* (Brodocz/Schaal 2006<sup>2</sup>) herausgegeben hat, welches explizit als »Lehrtext für Studierende und als Überblicksband für Kolleginnen und Kollegen im Bereich der politischen Theorie« (ebd.: 16) verstanden werden sollte, folgte im Jahr 2006 der Band *Einführung in die Politischen Theorien der Moderne* in Kooperation mit Felix Heidenreich. Die Einführung wendet sich im Gegensatz zum Vorgängerwerk an »Studierende der Politikwissenschaft, die einen ersten Einblick in die Politische Theorie in diesem Zeitraum gewinnen wollen« (Schaal/Heidenreich 2006: 11, Hervorhebungen im Original). Aufgrund seines didaktischen Aufbaus, so die Ankündigung im Klappentext, sei das Buch hervorragend für das Selbststudium geeignet. Tatsächlich vermögen die Autoren diesen ambitionierten Anspruch weitgehend einzulösen – dies ist um so erfreulicher als die Befassung mit politischen Theorien bei StudentInnen häufig als eher »schwierige Kost« gilt.

Nach einer kurzen Problematisierung des Theoriebegriffs und einer Einführung in die Geschichte der Disziplin wird unter der Fragestellung »Was ist Theorie?« der Theoriebegriff für die Politikwissenschaften methodisch entwickelt, um schließlich die klassische Unterscheidung zwischen normativen und empirisch-analytischen Theorien zu treffen. Der Schwerpunkt des vorliegenden Werkes liegt explizit auf den normativen Theorien, welchen eine »historische Dominanz« zugesprochen wird (ebd.: 26). Tatsächlich finden etwa Ansätze wie »Rational Choice« kaum Beachtung und werden in wenigen Sätzen abgehandelt.

Im folgenden, recht knapp gehaltenen und stark geschichtswissenschaftlich ausgelegten zweiten Kapitel wird die »Theoriebildung unter den Bedingungen der Moderne« nachgezeichnet: Ausgehend von Säkularisierungsprozessen des Mittelalters über den Aufstieg des Bürgertums, die klassische Mo-

derne bis in die Gegenwart bietet der Band eine profunde Explikation der Rahmenbedingungen politischer Theoriebildung sowie die Kontextualisierung ihrer Entstehungsbedingungen. Generell – und dies ist eine der Stärken des Bandes – werden die vorgestellten Autoren und Theorien in ihre jeweilige Epoche eingeordnet und aus dieser heraus interpretiert.

Nach der Bereitstellung des analytischen Rüstzeugs folgt dann im Hauptteil der Monographie die Vorstellung von vier Theoriefamilien, nämlich liberale, republikanische, deliberative und postmoderne Demokratietheorien. Das Hauptaugenmerk liegt ganz eindeutig auf den »beiden großen Familien in der Politischen Theorie und Ideengeschichte« (ebd.: 47), namentlich den liberalen bzw. republikanischen Theorien und Autoren. Die Differenzierung zwischen Liberalismus und Republikanismus strukturiert dementsprechend die Argumentation in den folgenden Kapiteln. Ansätze aus dem deliberativen bzw. postmodernen Lager werden hingegen auf vergleichsweise wenigen Seiten abgehandelt. Diese Herangehensweise mag auf den ersten Blick Anlass zur Kritik geben, erscheint aber insofern durchaus plausibel als die Verfasser immer wieder Bezüge zur aktuellen, faktisch vom liberalen Paradigma dominierten Politik herstellen und mit ihren theoretischen Ausführungen abgleichen.

Aus dieser Warte gelesen bildet das dritte Kapitel eine Art Einleitung zu den folgenden, ausführlichen Hauptkapiteln. Unter dem Titel »Zwei Paradigmen Politischer Theorie« entfalten Schaal/Heidenreich in prägnanter Weise die Hauptbegrifflichkeiten des Liberalismus bzw. des Republikanismus. So werden etwa das Menschenbild, das Recht, die Gerechtigkeit, die Rolle des Staates und insbesondere der Kontraktualismus in seinen unterschiedlichen Variationen vorgestellt sowie verschiedene Spielarten der jeweiligen Paradigmata – im Falle des Liberalismus etwa der Libertarianismus – nachgezeichnet. Diese Vorgehensweise erscheint im Hinblick auf die folgenden Ausführungen ausgesprochen zielführend.

Obschon der vorliegende Band den Anspruch erhebt, in die Politischen Theorien der Moderne einzuführen, greifen die Ver-

fasser in ihrer Darstellung des Liberalismus auf Thomas Hobbes zurück, eine Vorgehensweise, welche ebenfalls überzeugt, handelt es sich doch beim *Leviathan* um eine Theorie, deren Wirkungsmächtigkeit in punkto »Reduktion von Gerechtigkeit auf bloßen Legalismus, [...] Etablierung des Marktes [und der] Vorstellung der Legitimation eines politischen Gemeinwesens qua Vertrag« kaum überbewertet werden kann (ebd.: 77). Über Locke, welcher unter allen Klassikern wegen seiner Berufung auf Gewaltenteilung, Beteiligungs- und Schutzrechte sowie das Toleranzgebot dem modernen Demokratieverständnis am nächsten komme (ebd.: 86) und Kant führen die Autoren ihre Leser schließlich zum Kapitel über John Rawls, dessen *Theorie der Gerechtigkeit* in didaktisch mustergültiger Form entwickelt wird. Die Reflexionen von Rawls zur Gerechtigkeit als der »zentrale[n] Frage innerhalb der politischen Philosophie« (ebd.: 95) können – so die Autoren – kaum überschätzt werden, haben sie doch die »normative politische Philosophie und Theorie als akademische Disziplin« rehabilitiert und außerdem die wichtigste theoretische Debatte der 1970er und 1980er Jahre, nämlich die Auseinandersetzung zwischen Liberalismus und Kommunitarismus, aufgelöst (ebd.: 107). Allerdings hätte eine Aussage wie die, dass die kommunitaristische Kritik an Rawls niemals das philosophische Niveau der *Theorie der Gerechtigkeit* erreicht und kein Ansatz aus dem kommunitaristischen Lager jemals einen Gegenentwurf vorgelegt habe, der ähnlich umfassend wäre (vgl. ebd.: 108), zumindest näher begründet werden sollen. Bei aller einer Einführung geschuldeten Beschränkung erscheint der Raum für die Vorstellung libertarianistischer Theorien etwas zu knapp bemessen. Lediglich Robert Nozicks *Anarchy, State, Utopia* wird einer intensiveren Analyse unterzogen, während die Ausführungen zu Hayek für den nicht mit der Thematik vertrauten Leser schlicht zu kurz geraten sind. Des Weiteren stellt sich die Frage, ob der »Anarcho-Kapitalist« (ebd.: 126) Hans Hermann Hoppe tatsächlich eine Wirkungsmächtigkeit entfaltet hat, welche die Behandlung seiner Theorien in einer Einführung rechtfertigt.

Ähnlich wie in der Entfaltung des Liberalismus vollziehen die Verfasser auch in ihrer Darstellung der republikanisch-kommunitaristischen Theorien einen Rekurs auf die Klassiker. Rousseau wird als der »Ahnherr republikanischen Denkens« (ebd.: 151) eingeführt, ohne allerdings dessen ambivalente Rezeption und die dem Gesellschaftsvertrag potentiell innewohnende Gefahr des Totalitarismus zu vernachlässigen. Vor diesem Hintergrund werden dann zentrale Begriffe des Kommunitarismus wie etwa »Gemeinschaft«, »Individualisierung« oder »Freiheit« diskutiert, um schließlich Benjamin Barbers *Starke Demokratie* als »Meilenstein in der Entwicklung partizipatorischer Demokratietheorie« (ebd.: 176) und Michael Walzers *Sphären der Gerechtigkeit* als »wichtigste kommunitaristische Theorie der Gerechtigkeit« vorzustellen. Die Beschränkung auf diese beiden Theoretiker macht angesichts der Tatsache, dass zahlreiche dem Kommunitarismus zugerechnete Theoretiker – so etwa Charles Taylor oder Alasdair McIntyre – philosophisch ausgerichtet und politikwissenschaftlich weniger greifbar sind, durchaus Sinn.

Wie bereits angedeutet fällt die Behandlung deliberativer und postmoderner Theorien relativ knapp aus. Die Stärke liegt vielmehr in der Tatsache, dass selbst eine so komplexe Theorie wie die von Jürgen Habermas in für Studienanfänger verständlicher Terminologie erklärt wird. Darüber hinaus vermag der Band die Anschlussfähigkeit deliberativer Theorien zum vorher Ausgeführten zu verdeutlichen, indem die Verfasser die deliberative Theoriefamilie als »dritten Weg« zwischen Liberalismus und Republikanismus identifizieren. Da deliberative Theorien momentan die politische Theorie dominieren (vgl. ebd.: 206) sind Schaal/Heidenreich bestrebt, über Habermas hinaus die aktuelle diesbezügliche Forschung kurz zu umreißen – ein Anliegen, das abermals mit starkem Praxisbezug umgesetzt wird.

Schließlich widmen sich die Autoren dem komplexen Feld postmoderner Theorien. Nach der Problematisierung des Begriffs wird Michel Foucault gleichsam als »spiritus rector« der Postmoderne eingeführt: dabei bilden wichtige Begrifflichkeiten seiner Phi-

losophie wie »Diskurs«, »Macht« und »Körper« die geometrischen Orte der Erläuterungen. Foucaults »Gouvernementalität« als »Form der Machtausübung [...], die nicht mehr in Relationen von Machtausübenden und Machtunterworfenen gedacht wird, sondern als ein Medium sozialer Regelung, bei der die Subjekte auf eine Selbstkontrolle hin kontrolliert werden« (ebd.: 231) wird mit den liberal/republikanischen Paradigmata abgeglichen und auch zu Habermas in Beziehung gesetzt, eine Vorgehensweise, die zusätzliche Kohärenz erzeugt.

In einer Art Ausblick präsentiert der Band schließlich eine Bilanzierung der aktuellen Perspektiven der Politischen Theorie. »Die zunehmende Umstrukturierung aller Lebensbereiche nach ökonomischen und zweckrationalen Standards« sei »eine zentrale Entwicklung der letzten Jahre, die auch die Politische Theorie nicht unberührt lässt«. Aus diesem Blickwinkel werden gewärtigte Herausforderungen der Politischen Theorie wie etwa das Problem der Legitimität bzw. des Supranationalismus oder neue Gerechtigkeitsbegrifflichkeiten angerissen, ein Wiederkehr des Republikanismus konstatiert und auf die Gefahr eines neuen Totalitarismus hingewiesen.

Inhaltlich – so das Fazit – weiß die vorliegende Monographie den Leser/die Leserin zu überzeugen, wenngleich für künftige Neuauflagen gewisse Erweiterungen des Theorienspektrums wünschenswert erscheinen, wie beispielsweise die Integration feministischer Theorien sowohl im republikanischen (Iris Marion Young) wie auch im postmodernen Paradigma (Judith Butler).

Für eine Einführung ebenso wichtig wie die inhaltliche ist die didaktische Ebene. Auch hier versteht der Band zu punkten: Die durchgängige Randgliederung gewährleistet die optimale Nutzung und die Kapitel zu den einzelnen Theoretikern folgen einem zumeist analogen Aufbau. Das Buch ist verständlich und zielgruppenadäquat verfasst, was den Lernerfolg sichert. Dieser wird außerdem durch Kontrollaufgaben für das Selbststudium, welche sich am Ende des Werkes befinden, unterstützt. Auch wirkt die nach der Gliederung konzipierte Bibliographie in diesem Sinne ausgesprochen posi-

tiv – ebenso wie die Illustration und Visualisierung durch Schaubilder, Tabellen und Grafiken, die insbesondere in den ersten Kapiteln als wichtige Impulsgeber für die gedankliche Strukturierung fungieren.

Insgesamt ist Gary Schaal und Felix Heidenreich eine Einführung gelungen, welche einen festen Platz im Bereich der Vermittlung moderner politischer Theorien beanspruchen kann.

Renate Martinsen

*Eckhard JESSE: Demokratie in Deutschland: Diagnosen und Analysen, herausgegeben von Uwe Backes und Alexander Gallus, Böhlau-Verlag, Köln/Weimar 2008, 431 Seiten, geb., 39,90 EUR.*

Eckhard Jesse, Inhaber des Lehrstuhles für die »Lehre von den politischen Systemen« an der Technischen Universität Chemnitz, legt beinahe jährlich entweder eine von ihm verfasste Monographie oder einen von ihm edierten Sammelband vor. Er ist außerdem Betreuer mancher wichtiger Dissertation, darunter die grundlegende Studie von Steffen Kailitz über die *Deutungskultur im Spiegel des »Historikerstreits«*. Darüber hinaus initiierte Jesse bereits vor fast zwei Jahrzehnten den »Veldensteiner Kreis« im Umfeld der von ihm mit herausgegebenen Zeitschrift *Extremismus & Demokratie*, der sich im Kern aus seinen Schülern und Mitarbeitern zusammensetzt. Obwohl der Extremismus-Experte als vorsichtig agierender Mann wahrgenommen wird, wurde seine Person bereits mehrmals Zielscheibe unfairer Attacken. Als er in den frühen 1990-Jahren mit Vertretern der so genannten Neuen Rechten an gemeinsamen Projekten beteiligt war (»Westbindung«, »Die Schatten der Vergangenheit«), ordneten ihn Gegner flugs dieser Richtung zu, wofür es tatsächlich aber keinerlei tragfähige Rechtfertigung gab. Den Vertretern der denunziatorischen »politischen Korrektheit« war dieser Tatbestand freilich egal. Als Jesse vor einigen Jahren zum Gutachter im NPD-Verbotsstreit vor dem Bundesverfassungsgericht berufen wurde, hinterließ solche haltlose Polemik ihre Spuren. Das konnte man auch feststel-

len, als im Mai 2008 eine Gruppe von Randalierern aus der linksextremistischen Szene einen Vortrag des Politologen in Berlin störte, der nur aufgrund eines massiven Polizeiaufgebots stattfinden konnte. Hintergrund für diese Aktion war wohl Jesses gelegentlich geäußerte und hier und da nachzulesende Meinung, Links- und Rechtsextremismus würden zu unterschiedlich wahrgenommen. Letztlich müsse der Rechtsstaat Äquidistanz gegenüber beiden Varianten von Verfassungsfeinden bewahren.

Zum 60. Geburtstag des Jubilars haben nun der mit ihm freundschaftlich verbundene stellvertretende Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, Uwe Backes, und der Juniorprofessor Alexander Gallus, einst Doktorand des Geehrten, eine Reihe lesenswerter Aufsätze aus der Feder des umtriebigen Vielschreibers publiziert, die innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte an bisher verschiedenen Orten veröffentlicht wurden. Nunmehr sind die einzelnen Beiträge leicht zugänglich. In den »Diagnosen und Analysen«, so der Untertitel des Bandes, verbinden sich systematische politikwissenschaftliche Erörterungen mit zeitgeschichtlichen Stellungnahmen. Die Untersuchungen sind in folgende Rubriken eingeordnet: »Zeit- und Streitgeschichte«, »Vergangenheitsbewältigung« und Tabus«, »DDR und deutsche Frage«, »Alte und neue Bundesrepublik«, »Wahlen und Wahlsystem«, »Parteien- und Parteiendemokratie«, »Demokratie- und Demokratieschutz«, »Links- und Rechtsextremismus«.

In den meisten Beiträgen findet man sachliche, nüchtern-abgewogene Äußerungen des dem liberal-konservativen Spektrum zuzuordnenden Jesse. An manchen Stellen ist ein klares Urteil des Wissenschaftlers nicht zu überhören. Es deckt sich häufig nicht mit Postulaten der medial omnipräsenten »Political Correctness«. Man lese in diesem Zusammenhang etwa den Essay über die bundesrepublikanische »Vergangenheitsbewältigung«. Er kommt zu vergleichbaren Ergebnissen wie die einige Zeit später angefertigte Doktorarbeit seines Schülers Kailitz. Habermas, der Großwesir linker Versuche, die in den 1960er-Jahren errungene Deutungshoheit zu ze-

mentieren, so die Schlussfolgerung, sei lediglich Vordenker einer neuen »Mandarin«. Sie weise nicht zu übersehende Affinitäten zu den klassischen Bildungseliten auf, von denen sich diese neue »Priesterherrschaft« (Helmut Schelsky) eigentlich absetzen wollte.

Auch in einigen anderen der abgedruckten Essays fasst Jesse heiße Eisen an. Allzu oft wird von der »Singularität« des nationalsozialistischen Holocausts gesprochen, ohne den entsprechenden Terminus genauer zu analysieren, der vielfältige Implikationen einschließt. Was moralisch durchaus verständlich ist, muss wissenschaftlich nicht unbedingt richtig sein. Vorsichtige Fragen sind in diesem Zusammenhang erlaubt. Der Verfasser hat – wie der frühere Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Hendrik G. van Dam – Einwände gegen einen »Naturschutzpark für Juden« (van Dam), der nicht selten das Gegenteil von dem bewirkt, was damit intendiert werden soll. Der omnipräsente »Anti-Antisemitismus« ist zwar vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte verständlich, tendiert aber gelegentlich dazu, Intoleranz gegenüber Andersdenkenden zu verbreiten.

Die »Berliner Republik« sieht Jesse auf dem Weg zu einer Normalisierung, die in der »Bonner Republik« oft vermisst wurde. Der zaghafte Patriotismus während der Fußball WM 2006 darf als Indiz dafür gelten. Mit Recht unterscheidet der emsige Publizist scharf zwischen einer inakzeptablen »Entsorgung der deutschen Vergangenheit« (Hans-Ulrich Wehler), die indes kein politisch Verantwortlicher will, und einer überaus starken Vergangenheitsfixiertheit, die es seiner Meinung nach zu überwinden gilt.

Gleichfalls konsensfähig sind seine Darlegungen zum Phänomen der so genannten Neuen Rechten. Nachdem der Rechtsextremismus in den vergangenen Jahren nur regional begrenzte Erfolge feiern konnte und überdies isoliert blieb, kaprizierte sich in den letzten rund 15 Jahren eine beachtlich angewachsene Literatur auf einen angeblich politischen Grauzonenbereich zwischen der Union und dem rechten Extremismus. Wo diese bis heute immer wieder behauptete Nähe empirisch greifbar sein soll, wird in keiner der zahllosen Publikationen zur Pro-

blematik deutlich. Meist wurde im Kontext derartiger Erörterungen um die *Junge Freiheit* ein Popanz aufgebaut. Doch schon vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts 2005, das für eine rechtmäßige Beobachtung dieser Wochenzeitung mit nachrichtendienstlichen Mitteln keine Anhaltspunkte erkannte, hätte klar sein müssen: Das von Dieter Stein herausgegebene Periodikum ist Teil des medialen Diskurses wie die *taz* oder *Die Zeit*. Wenn Jesse noch 1996 schreibt, die *Junge Freiheit* sei noch nicht im demokratisch-konservativen Bereich angekommen, so ist dieses Urteil mittlerweile zu revidieren, aller Polemik, die kürzlich in einem von Ute Vogt und Stefan Braun herausgegebenen Sammelband erneuert wurde, zum Trotz. Jesse hat sich diese Meinung mittlerweile zu Eigen gemacht. In einem Interview mit der Zeitung *Dresdner Neueste Nachrichten* bezeichnete er jüngst die *Junge Freiheit* als »im Kern zum demokratisch-konservativen Spektrum« gehörig, »mit einigen Facetten nach Rechtsaußen«. Die Frage eines Buchtitels von Wolfgang Gessenharter aus der Mitte der 1990er-Jahre, *Kippt die Republik?*, kann längst beantworteter werden: Ja, sie drifft schon seit längerer Zeit nach links. Allerdings haben es manche erst seit Kurzem begriffen. Entwicklungen, wie sie sich seit einigen Monaten in Hessen und schon seit längerem in Berlin zeigen, sind kein Zufall, sondern Ausdruck einer faktisch nachprüfbaren »Erosion der Abgrenzung« (Wolfgang Rudzio) nach links. Die mangelnde Distanz der SPD zum linksradikalischen Spektrum ist nicht zuletzt Konsequenz einer fehlenden Tabuisierung solcher Annäherungsversuche oder gar koalitionärer Avancen. Die im Hinblick auf die Rechte stets warnenden Medien lassen in diesen Zusammenhängen schnell ihre kritische Breitseite vermissen.

So ist abschließend festzustellen: Die nun leicht zugänglichen Aufsätze Jesses vergrößern das Interesse an seinen neuesten Veröffentlichungen, etwa die im Sommer 2008 vorgelegte Abhandlung über »Die Linke« und deren, wie es im Untertitel heißt »smarten Extremismus«.

Felix Dirsch

Philipp JENNINGER, Rolf W. PETER, Harald SEUBERT (Hg.): *Tamen! Gegen den Strom. Günter Rohrmoser zum 80. Geburtstag*. Dr. Neinhaus Verlag, Stuttgart-Hohenheim 2007, 640 Seiten, geb., 38 EUR.

Günter Rohrmoser zählt bereits seit Jahrzehnten zu den bedeutendsten Philosophen unseres Landes. Sein veröffentlichtes Œuvre ist sehr umfangreich, und überdies ist bisher erst ein Teil seiner Schriften publiziert. Der Philosoph Harald Seubert hat angekündigt, diese bis dato ungehobenen Schätze wenigstens zum Teil in den nächsten Jahren der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Was fasziniert die Leser an Rohrmosers Ansatz und wissenschaftlicher Vorgehensweise? Der Stuttgarter Gelehrte versteht es wie nur wenige Vertreter seiner akademischen Disziplin, die großen Denker im Hinblick auf drängende Gegenwartsprobleme zu rezipieren – und das auf eine auch für ein Laienpublikum verständliche Art. Man nehme lediglich sein in den 1990er-Jahren viel beachtetes Buch *Der Ernstfall* zur Hand. Der Interessent findet darin eine Fülle von Hinweisen darauf, was herausragende Persönlichkeiten der Philosophie- und Geistesgeschichte wie Hegel, Marx, Luther, Adorno und viele andere mit aktuellen Problemen wie den Grenzen des Liberalismus, der Krise von Rechts- und Sozialstaat, den philosophischen Aspekten der Ökologie, der Agonie des Christentums oder dem immer wieder postulierten Ende der Geschichte zu tun haben. Des Weiteren beeindruckt seine Kenntnis namhafter Protagonisten der europäischen Literaturgeschichte. So hat er zu William Shakespeare und Thomas Mann überaus inspirierte und inspirierende Studien vorgelegt.

Rohrmoser war seit den 1970er-Jahren weit mehr als nur Inhaber eines Lehrstuhles. Als Berater, der Politikern wie Franz-Josef Strauß nahestand und 1978 das nicht ganz unumstrittene Studienzentrum Weikersheim, einen konservativen think-tank, mitbegründete, musste der Ritter-Schüler und aktive Protestant erfahren, dass es manchmal bequemer sein kann, nur im akademischen Bereich, fernab des politischen Alltagsgeschäftes, zu wirken. Dennoch hat er die fälligen Auseinandersetzungen nie ge-

scheut – auch um den Preis, dass er von Exponenten des Geißler-Süßmuth-Flügels aus der CDU ausgegrenzt wurde und ihn führende SPD- und Grüne-Mitglieder, etwa Stephan Braun und Volker Beck, als Rechtsradikalen diffamierten. Wer den dem abendländischen Denken verpflichteten Rohrmoser erleben durfte, beispielsweise bei Vorträgen, weiß, wie unangemessen dieser Vorwurf ist. Richtiger liegt da der kürzlich verstorbene SPD-Vordenker Peter von Oertzen, der Rohrmoser als einen „überzeugten Konservativen und leidenschaftlichen Liberalen“ kennzeichnete.

Fastet man die Quintessenz des riesigen Lebenswerkes des mittlerweile Achtzigjährigen zusammen, so bleibt vor allem seine fundierte Kritik an der Frankfurter Schule (*Das Elend der Kritischen Theorie*) und den *Spätfolgen der Kulturrevolution*, wie einer der zahllosen Buchtitel des Vielschreibers lautet. Weiterhin sind seine mannigfachen Versuche zu nennen, konservatives und liberales Denken in seiner wechselseitigen Abhängigkeit herauszuarbeiten. Immer wieder hat er den vielfältigen Ansätzen der bindungslosen emanzipatorischen Philosophie in der Neuzeit die geistigen Fundamente der Freiheit gegenübergestellt.

Neben der Gesellschaft für Kulturwissenschaft, die viele kleine und größere Abhandlungen sowie Kommentare Rohrmosers vorlegte, bemüht sich Ende 2007 die Herausgeber Philipp Jenninger, Rolf W. Peter und Harald Seubert in einer materialreichen Festgabe anlässlich der Vollendung seines achten Lebensjahrzehnts, die Verdienste des Jubilars offenzulegen. Er bedankte sich in einer fulminanten Rede im Dezember letzten Jahres im Rahmen eines Festaktes der Universität Stuttgart-Hohenheim, an der der Emeritus noch heute Vorlesungen hält.

Bereits die große Zahl prominenter Autoren, die einen Beitrag für die Festschrift verfassten, lässt beim Studium des Inhaltsverzeichnisses aufhorchen. Am Anfang drucken die Editoren einen Aufsatz des Gelehrten selbst ab, anschließend folgt eine ausführliche Würdigung seines Werkes durch Harald Seubert. Auch über die Persönlichkeit Rohrmosers erfährt der Leser einiges, besonders im Porträt seines Stuttgarter Hörrers Rolf W. Peter. Von den bedeutenden ak-

tiven wie ehemaligen Politikern, die mitwirken, seien lediglich Günter Beckstein, Manfred Rommel, Klaus von Dohnanyi, Kurt Biedenkopf, Hans Joachim Meyer, Philipp Jenninger oder Fritz Hähle genannt, darüber hinaus katholische und evangelische Würdenträger wie Joachim Kardinal Meisner, Walter Mixa oder Hartmut Löwe. Liberal-konservative Philosophen (Hermann Lübke, Odo Marquard oder Robert Spaemann) erweisen dem Kollegen aus dem ehemaligen Schülerkreis Joachim Ritters die Ehre. Konservative Zeitgeistkritiker (Ernst Nolte, Christa Meves etc.) sind ebenso mit von der Partie wie der Altlinke Johano Strasser, der sich über das Thema »menschengerechte Religiosität« äußert. Zur internationalen Prominenz der Mitwirkenden gehören der ehemalige Gorbatschow-Berater Wjatscheslaw Daschtschew, der frühere italienische Kultusminister Rocco Buttiglione, der vormalige polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski oder der österreichische Publizist Friedrich Romig. Lang ist die Liste der prominenten Mitverfasser, die hier namentlich nicht alle aufgeführt werden können. Der Sammelband wird mit einer Würdigung aus russischer Sicht beschlossen. Sie stammt aus der Feder Anatolij Frenkins, eines einflussreichen Mitgliedes der Moskauer Akademie der Wissenschaften, der die Wichtigkeit der Rohmosew'schen Gedankengänge, insbesondere für sein Heimatland, nicht lange nach der Wende in Osteuropa entdeckte und dort bekanntmachte.

Es ist bei einem derartigen Werk trivial, festzustellen, dass die Güte der Beiträge unterschiedlich ist. Nicht alle haben die Qualität des Textes des vor über zehn Jahren verstorbenen Ökologie-Vordenkers Rudolf

Bahro, dessen Nachlassverwalter ein Typoskript über die »Idee des Homo integralis« lieferte. Es würdigt die Bedeutung des Schweizer Kulturphilosophen Jean Gebser für das ökologische Zeitalter, der die Relevanz »a-rationaler Bewusstseinszusammenhänge« betonte. Hervorzuheben ist aus der Fülle wichtiger Aufsätze besonders derjenige des bekannten Wirtschafts- und Sozialtheoretikers Meinhard Miegel. Die erhellen Stellungnahme sensibilisiert die Leser für die Unausweichlichkeit der Globalisierung und ihrer kaum übersehbaren Konsequenzen. Gerade in den traditionellen Wohlfahrtsländern Europas, so der Tenor des Verfassers, werde die Rivalität mit Arbeitnehmern aus fernen Regionen weithin unterschätzt, ganz nach dem Motto: Wir haben nie die Paria-Rolle auf dem Weltmarkt eingenommen und werden es auch nie tun! Angesichts vieler (Kosten-)Vorteile etwa der aufsteigenden asiatischen Nationen könne man sich da nicht sicher sein.

Wer den in toto außerordentlich ergiebigen Band aus der Hand legt, dürfte sich nicht nur über den Gewinn an Erkenntnissen freuen. Gleichfalls lässt eine Ankündigung das Herz höher schlagen: In den nächsten fünf Jahren sollen einige der gut besuchten Hohenheimer Vorlesungen des Philosophen veröffentlicht werden, in Kürze eine mit dem Titel *Kann die Moderne das Christentum überleben? Oder: Kann die Moderne ohne das Christentum überleben?*. So bleibt zu hoffen, dass der oft Angegriffene noch zu der Ehre kommt, die ihm gebührt. Auf diese Weise setzte sich das Motto der Festgabe *Tamen. Gegen den Strom* letztlich doch durch.

Felix Dirsch